

Setzt die IV auf «fingierte» Jobs?

Wer wegen Unfall die Stelle wechseln muss, wird bei der Umschulung unterstützt. Was gut tönt, hat einen Haken.

Samuel Thomi

Diese Medaille hat drei Seiten. Die eine glänzt: Gut 55 000 Personen mit gesundheitlichen Problemen hat die Invalidenversicherung (IV) vergangenes Jahr unterstützt, um wieder im Arbeitsmarkt Fuss zu fassen. Das sind drei Mal mehr Menschen als vor fünfzehn Jahren. Die Kosten haben sich derweil lediglich auf 886 Millionen Franken verdoppelt.

Und vor allem freute sich der Bund jüngst in einer Mitteilung, dass knapp zwei Drittel der von der IV unterstützten Personen 2023 wieder eine Anstellung gefunden haben. Oder dass sie zumindest erwerbsfähig und damit auf Jobsuche waren.

Denn es ist nicht lange her, dass die IV von allen Seiten heftig kritisiert wurde, zu wenig für die Integration der Versicherten zu tun. Dass die Anstalt lieber Renten zahle, statt Menschen wieder fit zu trimmen für den Arbeitsmarkt.

Die Kehrseite der Medaille

Doch wer genau hinschaut, dem kann die Kehrseite dieser Erfolgsmeldung nicht verborgen bleiben: Auf dem Weg zur beruflichen Integration setzt die Invalidenversicherung ihre Versicherten nicht nur mächtig unter Druck. Bei der zweiten Seite dieser Medaille geht es vielmehr auch um die Berechnung der Renten, die auf Basis der Differenz zwischen dem bisherigen und dem künftigen Lohn festgesetzt werden.

Dabei hat sich die IV jahrelang auf statistisch zu hohe Löhne gestützt – wie sie Gesunde erwirtschaften, Beeinträchtigte aber niemals erzielen können.

Nach jahrelangem Tauziehen sprach die Politik vor bald zwei Jahren aber ein Machtwort: Das Parlament forderte den Bundesrat in seltener Einhelligkeit auf, die IV müsse die Renten



Bei der Integration nach einem Unfall hilft die IV. Eigentlich ...

Bild: Getty

künftig realistischer bemessen. Auf dem Buckel der Beeinträchtigten zu sparen, gehe nicht.

An der Realität des Arbeitsmarkts vorbei

Damit zur dritten Seite der Medaille, die bis jetzt vorab in Fachkreisen heiss diskutiert wird. Demnach argumentiert die Invalidenversicherung nicht selten nämlich bereits vor dem eigentlichen Rentenentscheid ziemlich weltfremd. «Ohne Bezug zu existierenden beruflichen Anforderungen und realen Arbeitstätigkeiten» werde da entschieden, welche Arbeit einer Person noch zumutbar sei, schreiben Martina Filippo und Philipp Egli in einem eben publizierten Gutachten.

In anderen Worten: Kann einer Person irgendeine andere als die bisherige Arbeit zugemu-

tet werden, spielt es für die IV keine Rolle, ob es den entsprechenden Job überhaupt gibt, geschweige denn eine Stelle frei ist.

So verweist das Bundesgericht in einem Fall auf Museums- oder Parkplatzwächter. Ein ärztlicher Leiter einer IV-Stelle wird in dem Entscheid sogar dahin gehend zitiert, etwas «bösaartig» gebe es auch den Matratzentester: «Beim einen kannst du den ganzen Tag liegen, beim anderen (Museumswärter, Anm. d. Red.) kannst du sitzen, stehen, laufen, reden, ruhig sein, wie du willst.» Jeder, der sich bewegen könne, «kann das machen».

Empfehlung für Stellen, die gar nicht existieren

Das Problem dabei: Viele dieser Jobs gibt es in der Schweiz kaum oder dann sicher nicht in der er-

forderlich verfügbaren Grössenordnung auf dem allgemeinen sogenannten «ausgeglichenen Arbeitsmarkt».

Dieser Begriff wurde geschaffen, um die Leistungspflicht zwischen der IV und der Arbeitslosenversicherung zu klären. Er definiert aber heute die Möglichkeit, zu arbeiten, hypothetisch – also nicht real. Einst sollten mit dem Begriff des ausgeglichenen Arbeitsmarkts konjunkturelle Schwankungen ausgeschlossen werden, so das Gutachten im Auftrag der Rechtsschutzversicherung von Coop.

Diese «medizinisch theoretische Restarbeitsfähigkeit» werde dann «pauschal unterstellt (fingiert) anstatt im Einzelfall abgeklärt», steht weiter in dem Rechtsgutachten. Damit verliere die berufliche Abklä-

rung an Bedeutung, während der Stellenwert medizinischer Abklärungen deutlich an Gewicht gewinne, kommen die Experten der ZHAW zum Schluss.

Laut Fellen, die dieser Zeitung vorliegen, argumentiert die IV inzwischen regelmässig damit, sie müsse sich eben am «ausgeglichenen Arbeitsmarkt» orientieren und nicht an den realen Beschäftigungsmöglichkeiten.

Misstand wird zum Thema im Bundeshaus

Sprich: Entscheidend ist für die Invalidenversicherung nicht, welche freien, zumutbaren Jobs zur Verfügung stehen, sondern nur, welche Arbeiten einer Person medizinisch theoretisch zugemutet werden können. Damit gibt es bei der IV also Menschen, die zwischen Stuhl und Bank fallen: Versicherte, die keine Eingliederung erhalten, aber auch keine Rente.

Dass die glänzende Medaille und deren Kehrseite noch eine dritte Seite hat, kommt nun allerdings auch in der Politik an. Jedenfalls ist diesen Donnerstag in der ständerätlichen Gesundheitskommission ein Vorstoss von Sidney Kamerzin traktandiert, welcher eine Korrektur verlangt. Der Walliser Mitte-Nationalrat fordert, die IV müsse sich künftig an den «realen Beschäftigungsmöglichkeiten» orientieren und nicht mehr am theoretischen Begriff des «ausgeglichenen Arbeitsmarkts».

Das wäre nicht nur im Sinn der gesundheitlich beeinträchtigten Personen, die auf die Unterstützung der IV angewiesen sind. Auch die Rechtsexperten erinnern in ihrem Gutachten daran, die Beurteilung und Bemessung der «Fähigkeit, zumutbare Arbeit zu leisten», sei «eine interdisziplinäre Aufgabe». Folglich seien dazu nebst Ärzten auch Rechtsanwender und Spezialisten für die berufliche Integration einzubeziehen.

A13 in 2 Wochen wieder befahrbar

Unwetter Die Arbeiten an der zerstörten Fahrbahn der A13 durchs Misox schreiten schnell voran. Die Autobahn soll bereits ab dem 10. Juli wieder einspurig befahrbar sein, wie Marco Fioroni vom Bundesamt für Strassen (Astra) bei einer Begehung zur Nachrichtenagentur Keystone-SDA sagte. Zweispurig soll die A13 jedoch erst Ende Jahr wieder befahrbar sein.

Vergangenen Freitag hatte ein heftiges Unwetter die Fahrbahn auf einer Länge von 200 Metern weggerissen. Seither ist die San-Bernardino-Route gesperrt. Michael Krein, Verkehrsexperte beim Verkehrsinformationsdienst Viasuisse, sprach im «Tages-Anzeiger» von einem «veritablen Chaos am Gott-hard», sollte die A13 für den Sommerreiseverkehr gesperrt bleiben. Krein geht davon aus, dass die Marke von 20 Kilometern Stau übertroffen werden könnte. (rem)

Spitze Satire übers Bundesratsreisli

Video Wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erzählen. Wenn sieben eine Reise tun, dann können sie ein ganzes Buch mit ihren Erlebnissen füllen. Ob das beim traditionellen Bundesratsreisli tatsächlich der Fall ist, sei jetzt einfach mal dahingestellt. Auf jeden Fall reist die Landesregierung am Donnerstag und Freitag durch das Wallis – den Heimatkanton der Bundespräsidentin Viola Amherd.

Dass das Bundesratsreisli aber mehr als einfach ein Ausflug in die Untiefen der Schweizer Täler ist, weiss unser Polit-Mechaniker. In seinem neusten Satire-Video geht er den Geheimnissen dieses weissweingeschwängerten Ausflugs auf den



Grund und erkläre, was die Reise über das Reagieren generell aussagt. (chm)

«Ein Sieg für die Schweiz»

Einen Tag nach seiner Wahl zum Generalsekretär des Europarats tritt alt Bundesrat Alain Berset vor die Medien.

Samuel Thomi und Benjamin Rosch

Im Verlauf seiner Kandidatur hatte sich Alain Berset auffällig mit Äusserungen in der Öffentlichkeit zurückgehalten. Auch am Tag seiner Wahl zum neuen Generalsekretär des Europarats mochte er nicht gross mit den Medien reden. Am Tag nach seinem Triumph aber lud er zu einem Point de Presse in Strassburg – und gab sich dankbar, gespannt und voller Vorfreude auf sein neues Amt.

Nicht sein persönlicher Erfolg sei es gewesen: «Es ist ein Sieg für die Schweiz», sagte Berset dazu, dass er im zweiten Wahlgang 114 Abgeordneten-Stimmen auf sich vereinen konnte. Dann dankte er zunächst seinen Mitstreiterinnen

und Mitstreitern in einer «intensiven Kampagne», die er in den vergangenen fünf Monaten geführt habe. 25 Hauptstädte habe

er besucht, um sich zu vernetzen. «All die vielen Kontakte zu knüpfen, mit Regierungen und parlamentarischen Delegatio-

nen in ganz Europa, war sehr wichtig», sagte Berset.

Drei Schwerpunkte will er setzen

Bis zu seinem Start als neuer Generalsekretär des Europarats in drei Monaten will sich Berset auf die neue Aufgabe im Detail vorbereiten. Besonders im Fokus stehen werde dabei der Angriffskrieg Russlands auf das Nachbarland Ukraine. Nach Ausbruch des Kriegs in der Ukraine hat der Europarat Russland als Mitglied ausgeschlossen.

«Es geht um die Menschenrechte, ein Kerngeschäft des Europarats», sagte Berset zu seinem Schwerpunkt. Die Schweiz habe dazu mit dem Friedensgipfel auf dem Bürgenstock bereits einen Pflöck einschlagen können.

Weiter will Berset «die Stärkung der Demokratie» und damit die Rechtsstaatlichkeit in den Fokus seiner künftigen Arbeit rücken. Das sei ein Rückgrat unserer westlichen Weltordnung, so der künftige Generalsekretär des Europarats.

Drittens will Berset schliesslich generell die Sichtbarkeit des Europarats in den grossen Debatten, die anstehen, erhöhen. «Wir dürfen nicht naiv sein», sagte Berset. Dennoch müsse sich Europa und damit auch der Europarat über die Grenzen des Kontinents hinaus vernetzen. «Das mache ich natürlich mit einem Stück Schweizer DNA», sagte Berset. Den politischen Dialog, wie er ihn aus der Schweiz bereits kenne, wolle er dabei ins Zentrum seiner Arbeit rücken.

Ein wichtiges Anliegen ist Berset ausserdem der Kampf gegen Desinformation. «Alle Länder können davon betroffen sein», sagte Berset. Selbst die Schweiz sei davon ja in der Vergangenheit nicht gefeit gewesen.

In der Fragerunde kam zudem das Klima-Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) aufs Tapet, der wichtigsten Institution des Europarats. Es sei «ein bisschen komplizierter», als man dies aufgrund der Debatte der vergangenen Wochen in den Medien erwarten dürfte, so die Meinung von Berset. Bezugnehmend auf die Resolutionen im National- und Ständerat sagte er ans Bundeshaus gerichtet: «Ein Parlament ist nicht die richtige Stelle, um sich zu einem Klima-Urteil zu äussern.»



Alain Berset nimmt Stellung zum Klima-Urteil: «Es ist ein bisschen komplizierter.»

Bild: Anthony Anex/Keystone